

KÖLNER WIRTSCHAFT

Das Service-Magazin für gewerbliche Unternehmen in Köln

Energiewende:
Schrecken ohne Ende

Digitalisierung:
Mittel zur Finanzierung

Einkommen pro Kopf:
Wenig im Topf





150 Jahre volle Power. Für eine Zukunft mit 100% Ökostrom.

100% Ökostrom für alle Haushalte – seit Januar. Das ist einer unserer Beiträge zur Energiewende. Was wir sonst noch tun: [150jahre.koeln](https://www.rheinenergie.de/150jahre.koeln)

EDITORIAL

Elefant 4 – 5

STANDORT

Kohleausstieg 6 – 8

60 Jahre Motorenwerk 9 – 11

Glasfasernetz 12 – 13

Pro-Kopf-Einkommen 14 – 16

Logistik-Areal 18 – 19

Kohle-Ausstieg**6-8**

Im Zuge der Ukraine-Krise sind die Pläne für einen vorgezogenen Kohleausstieg nicht mehr haltbar. Wissenschaftliche Studien im Auftrag

mehrerer Industrie- und Handelskammern in der Region sprechen hier eine eindeutige Sprache. Gleichwohl will die neue Landesregierung in NRW am Ausstiegsdatum 2030 festhalten. Massive Konflikte scheinen vorprogrammiert. Wirtschaft und Politik suchen derzeit fieberhaft nach Lösungen zum Ausgleich widerstreitender Interessen.

**Glasfaser-Ausbau****12-13**

In Köln wird der Ausbau der digitalen Infrastruktur mit Macht vorangetrieben. 33 Millionen Euro will Netcologne mit Unterstützung von Bund und Land in den nächsten drei Jahren in den Ausbau des Glasfasernetzes investieren. So sollen weiße Flecken im Netz der Zukunft in bisher unterversorgten Außenbezirken geschlossen werden. Das Projekt erstreckt sich über rund 230 Kilometer Tiefbau und versorgt über 17.000 Wohn- und Geschäftseinheiten mit Glasfaser, darunter auch sechs Schulen in privater Trägerschaft sowie ein Krankenhaus.

**Einkommens-Auswertung****14-16**

Im verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen liegen die Städte und Kreise im Bezirk der IHK Köln im unteren Mittelfeld. So die Ergebnisse einer bundesweiten Studie der Hans-Böckler-Stiftung zu allen Städten und Landkreisen. Im Kammerbezirk schneidet der Rheinisch-Bergische Kreis am besten ab, gefolgt vom Oberbergischen Kreis und dem Rhein-Erft-Kreis. Die Schlusslichter bilden die Domstadt selbst sowie schließlich die Stadt Leverkusen.

**Anzeigen:**

Peter Siebert, Telefon: 0173/3488234

E-Mail: p.siebert@ivr-verlag.de

Verlag: IVR Industrie Verlag und Agentur Rhein-Erft Eckl GmbH - Karlstr. 69 - 50181 Bedburg
Tel: 02272 / 91200 - Fax: 02272 / 912020 - E-Mail: c.eckl@ivr-verlag.de - www.ivr-verlag.de

Chefredakteur: Christian Eckl

Redaktion und Advertorials: Achim Hermes

Schlussredaktion: Hiltrud Eckl

Mediendesign: Medien Lothar Braun - 02266 4658755 - www.medienlotharbraun.de

Druck: Kopp Druck und Medienservice GmbH - Dieselstraße 2 - 50996 Köln

Telefon: 0221 / 37697-25 - www.kopp-koeln.de



Der Elefant im Reaktorraum

Von Christian Eckl, Verleger

Jeder sieht den Elefanten im Raum, doch keiner spricht das Problem ausdrücklich an. In der Politik schon einmal gar nicht. Zumindest an dieser Stelle aber sollte das möglich sein. Also sagen wir es jetzt: Die Laufzeit der Kohlekraftwerke muss verlängert werden. Die Drosselungen der Gaslieferungen aus Russland lassen uns keine andere Möglichkeit. Doch die Landesregierung in NRW will völlig widersinnig und unbeirrt sogar am vorgezogenen Kohleausstieg 2030 festhalten.

Leider sind nicht alle Grünen bundesweit so vernünftig wie derzeit Robert Habeck in Berlin, den man für seine ausgeglichene Realpolitik gar nicht genug loben kann. Nur bleibt er mit seinen so lebensnahen wie pragmatischen Entscheidungen bedauerlicherweise eine Ausnahmeerscheinung.

Politiker, die sich noch in der Corona-Krise so gerne auf wissenschaftliche Studien berufen haben, wollen plötzlich nichts mehr von seriösen Forschungsergebnissen hören. Dabei lassen doch beispielsweise die Erkenntnisse der über jeden Verdacht der mangelnden Seriosität erhabenen Hans-Böckler-Stiftung an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Im Auftrag mehrerer Industrie- und Handelskammern in NRW stellt die Stiftung in einer Studie fest, dass die Kapazitäten der Kohlekraftwerke im Rheinischen Revier länger als bis 2030 als Sicherheitsreserve vorgehalten werden müssen, um auf etwaige Engpässe bei Gaslieferungen reagieren zu können.

Aber offensichtlich haben in der Politik nur wenige Akteure den Mut, das auch ausdrücklich auszusprechen. Klar, die Ener-

gievende ist politisch beschlossen und scheint gesellschaftlicher Konsens zu sein. Zumindest unter den Protagonisten des öffentlichen Lebens in Politik und Medien, die das veröffentlichte Meinungsbild maßgeblich gestalten.

Doch in Zeiten globaler Krisen, die den Bestand wesentlicher Teile unserer Industrie und damit auch unseres Wohlstandes sowie Befriedigung so profaner Primär-Bedürfnisse wie Wärme im Winter in Frage stellen, sollte ein genauere Blick erlaubt sein.

Die Tatsache des weltweiten Klimawandels ist unstrittig. Auf unserer Erde wird es wärmer. Es wird sogar immer schneller wärmer. Wie schnell ganz genau, kann niemand sagen. Auch nicht, welche Auswirkungen der Klimawandel wann genau wo haben wird. Jedenfalls keine guten. Doch es gibt verschiedene Szenarien in unterschiedlichen Abstufungen der Dramatik. Ganz einig ist sich die Wissenschaft im Detail da nicht.

Aber über die grundsätzliche Richtung herrscht Konsens: Wir sollten möglichst bald vernünftige Schritte unternehmen, um den Klimawandel einzudämmen. Die Frage bleibt nur, welche Schritte das sein müssten.

Weniger CO₂-Ausstoß ist mit Sicherheit eine gute Antwort auf diese Frage. Daran schließt sich dann gleich die nächste Frage an: Retten wir also den Planeten, wenn wir in Deutschland sofort alle Kohlekraftwerke abschalten? Oder andersherum: Zerstören wir die Erde unwiderruflich, indem wir die Stromerzeugung durch Kohle hierzulande noch einige Jahre weiter betreiben?

Wenn die Antwort auf beide Fragen „Ja“ lautet, müssten wir wohl in den sauren Apfel beißen, unseren Wohlstand zerstören und Massenarmut sowie Erfrierungstopfer unter den älteren und kranken Menschen im nächsten kalten Winter in Kauf nehmen. Denn das wäre zwar wirklich schlimm, aber immer noch das kleinere Übel als der Untergang des Planeten.

Doch die Antwort lautet nicht „Ja“. Nicht einmal „Vielleicht“. Stattdessen sind die genannten Fragen nur mit einem klaren und eindeutigen „Nein“ zu beantworten. Am weltweiten CO₂-Ausstoß hat Deutschland nur einen Anteil von 1,8 Prozent. Und davon bilden die Kohlekraftwerke wieder nur einen Bruchteil. Wissenschaftler haben errechnet, dass wir bei sofortiger Abschaltung aller deutschen Kohlekraftwerke die Erhöhung der Erwärmung der Erdatmosphäre nur um ein Hundertstel Grad vermindern würden. Das liegt außerhalb des messbaren Bereiches.

Aufwand und Ergebnis der sofortigen Abschaltung der Stromerzeugung aus Kohle in Deutschland würden also in keinem auch nur halbwegs vernünftigen Verhältnis stehen. Auch nicht, wenn Klima-Aktivisten uns darauf hinweisen wollen, dass wir in Deutschland doch wenigstens ein gutes Beispiel geben sollten.

Ein gutes Beispiel macht aber nur dann Sinn, wenn andere ihm folgen. Doch auch das steht keinesfalls zu hoffen. Allein in China und Indien sollen in den nächsten beiden Jahren 4.300 Kohlekraftwerke ans Netz gehen. Vermutlich ohne eine moderne Rauchgasentschwefelung wie in Deutschland. Viele andere Entwicklungs-

und Schwellenländer weltweit werden folgen.

Öko-Kolonialismus vermeiden

Vor einem Öko-Kolonialismus kann man an dieser Stelle nur warnen. Mit dem verhängnisvollen Motto „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ ist schon das wilhelminische Kaiserreich im Ersten Weltkrieg mehr oder eher weniger glanzvoll in den Untergang gerauscht.

Eine Nummer kleiner würde uns ganz gut zu Gesicht stehen. Das Problem der Klimaerwärmung ist ein globales und kann auch nur im weltweiten Verbund gelöst werden. Dort können wir helfen. Aber wir sollten einsehen, dass ein kleines Land wie das unsere dabei international nicht tonangebend ist. Die Aufgabe von Selbstüberschätzung war noch nie ein schlechter Zug.

Doch was können wir tun? Wenn wir vernünftig wirtschaften sowie menschlich und gesellschaftlich angemessen agieren, finden wir gewiss wieder zu alter ökonomischer Stärke, mit der wir dann andere Länder auch mit umweltfreundlicher Technik unterstützen können.

Der beste Klimaschutz auf einem sich weltweit erwärmenden Planeten ist wohl die Entwicklungshilfe. Wenn wir in Deutschland das Geld, das wir für teuren Energieeinkauf aus dem Ausland oder für unsinnige Zuschüsse für Elektrofahrzeuge mit katastrophaler Öko-Bilanz ausgeben, in die Erzeugung sauberer Energie in Entwicklungsländern investieren, könnten wir eine wirklich globale Energiewende einleiten.

Doch so etwas kann nie mit Zwang funktionieren. Weder im Inland noch im Ausland. In einer Verbots-Gesellschaft fühlt sich niemand wohl. Wir ernten nur sehr unschöne Ergebnisse, wenn wir bestimmte Formen der Energie-Erzeugung verbieten und beispielsweise jeden stigmatisieren, der ein benzinbetriebenes Auto fährt. Gesellschaftliche Spaltung ist dann die unweigerliche Folge.

Besinnen wir uns im Land der Dichter, Denker und Erfinder doch viel besser auf unser Innovations-Potential. Wer Techniken zur sauberen Energie-Erzeugung entwickelt, nutzt und möglichst weltweit vermarktet, macht sehr gute Geschäfte und wird belohnt. So etwas können wir. Wir müssen nur in einem konstruktiven Klima (hier ist ausnahmsweise einmal das Geschäftsklima gemeint) wieder selbst auf uns vertrauen.

Seit vielen Jahrhunderten sind wir hier in Mitteleuropa vom Geist des christlichen Abendlandes geprägt. Das müssen wir uns nicht nur ins Gedächtnis rufen, daran können wir auch gar nicht vorbei. Der Mensch steht im Mittelpunkt. Er ist das Maß aller Dinge. Eine solche Haltung ist nicht egoistisch, sondern menschenfreundlich. Denn der Mensch sind nicht nur wir selbst, sondern ebenso alle unsere Mitmenschen, selbstverständlich auch unsere Kinder und Enkel. Und deren Welt werden wir als christlich geprägte Humanisten des Abendlandes ganz gewiss nicht zerstören wollen.

Wie wir mit dieser Welt optimal umgehen, wissen wir momentan noch nicht ganz genau. Aber wir arbeiten intensiv daran, das herauszufinden.

Die Befürworter einer Verbots-Gesellschaft haben einen ganz anderen Ansatz. Für sie ist der Mensch ein Schädling, der die Umwelt zerstört. Nach deren Ansicht würde es der Welt am besten gehen, wenn es gar keine Menschen gäbe. Womit man schon ziemlich nah beim stalinistischen Leitsatz „Kein Mensch, kein Problem“ wäre. Doch diese Haltung hat die Geschichte glücklicherweise hinter sich gelassen.

Wenn wir stattdessen international im offenen Austausch an modernen Technologien zur umweltfreundlichen Energie-Erzeugung arbeiten, bereiten wir uns und unseren Planeten bestmöglich auf die Zukunft vor. Dann erwarten uns gewiss noch viele interessante Entwicklungen.

So, wie es einst auch die Stadtväter von Nürnberg erlebt haben. Die gaben nämlich im Jahr 1850 eine Studie in Auftrag, die besagte, dass der Pferdewagen aufgrund des sich permanent erweiternden Verkehrs von Pferdefuhrwerken in 80 Jahren bis 1930 bis zur Höhe der Stadtmauern aufgetürmt sein werde.

Doch diese Prognose bewahrheitete sich nicht, wie wir heute wissen. Denn es kam etwas völlig Unerwartetes dazwischen: Die Erfindung des Automobils.

Und die Moral von der Geschicht: Versuche nie, die Probleme der Zukunft mit den technischen Mitteln von heute zu lösen.

Ihr
Christian Eckl

IHK-Studie:

Kohleausstieg schon 2030 unrealistisch

CDU und Grüne in NRW halten am Datum fest – Bundesregierung will bereits in Reserve gehaltene Stein- und Braunkohlekraftwerke länger bereithalten

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine sind Pläne für einen vorgezogenen Kohleausstieg 2030 unrealistisch. Stattdessen müssen Kapazitäten der Kohlekraftwerke im Rheinischen Revier länger als Sicherheitsreserve vorgehalten werden, um auf etwaige Engpässe bei Gaslieferungen reagieren zu können. Zu diesem Schluss kommt die Studie „Energiesicherheit im Kern- und Wirkungsraum des Rheinischen Reviers“, die von den Industrie- und Handelskammern Aachen, Köln und Mittlerer Niederrhein in Auftrag gegeben worden ist.

„Angesichts der geopolitischen Risiken bei der Versorgung mit Erdgas ist der aktuelle starre Ausstiegspfad aus der Kohleverstromung nicht haltbar, ohne die Versorgungssicherheit und damit die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts zu gefährden“, sagt Dr. Uwe Vetterlein, Hauptgeschäftsführer der IHK Köln. Die Politik müsse nun ein glaubhaftes Zeichen für die Versorgungssicherheit setzen. „Dazu gehört ein Moratorium zum Kohleausstieg. Die bisherigen Pläne setzen einseitig auf russisches Gas und sind durch den Krieg nicht mehr haltbar.“

Zudem müsse der Ausbau der erneuerbaren Energien endlich massiv beschleunigt werden. Dazu müssten unter anderem Planungs- und Genehmigungsprozesse vereinfacht und verkürzt werden, so die IHKs. Ob das verabschiedete „Osterpaket“ der Bundesregierung die notwendige Beschleunigung schaffe, sei noch zu prüfen.

Für das Rheinische Revier sei wichtig, zügig Flächen für erneuerbare Energien festzulegen. Bei der Ausweisung dürften die kommunalen Gebietskörperschaften von der Landesregierung nicht alleine gelassen



werden. Sonst seien die Ausbauziele nicht zu schaffen.

„Wir brauchen deutlich mehr Tempo bei der Energiewende. Ein 'Weiter so' wird nicht genügen“, sagt Michael F. Bayer, Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen. „Einzelinteressen, Bräsigkeit und Kleinteiligkeit dürfen wir uns nicht mehr leisten. Unser großes gemeinsames Ziel lautet: Wir werden ein klimaneutraler, international wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen – ein Morgen-Land.“

Beim Strom sind Unternehmen aus Industrie und Gewerbe schon jetzt vermehrt von Netzschwankungen betroffen. In Experteninterviews beklagten sich mehrere von rund 50 befragten Unternehmensvertretern über eine Verschlechterung der Versorgungsqualität und -sicherheit mit Strom.

Teil dieses Problems sei, dass die sogenannte „gesicherte Leistung“ bei Photovol-

taik-Anlagen null und bei Windkraft weniger als zehn Prozent betrage, während sie bei Kohle- und Gaskraftwerken bei 90 Prozent liege. Vor allem bei einer „Dunkelflaute“, also in Zeiträumen, in denen die Sonne nicht scheint und gleichzeitig weitgehend Windstille herrscht, sorgt die fehlende gesicherte Leistung von Photovoltaik- und Windenergie für Probleme im Netz.

Produktionsprozesse nicht kurzfristig umstellbar

Zusätzlich werde es immer herausfordernder, die notwendige Spannung und Frequenz im Netz aufrechtzuerhalten, denn auch diese werde durch die Braunkohlekraftwerke im Rheinischen Revier maßgeblich unterstützt. Diese „Systemleistung“ der Kraftwerke zu ersetzen, benötige ebenfalls Zeit.

Bei der Transformation im Rheinischen Revier müssten deshalb nicht nur die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut,

sondern gleichzeitig müsse auch die Netzkapazität gesteigert werden, so die IHKs.

„Energie bildet das Fundament unserer industriellen Wertschöpfungsketten. Eine Verschlechterung der Versorgungssicherheit, selbst geringe Netzschwankungen, können zu erheblichen Produktionsausfällen und Anlagenschäden führen“, sagt Jürgen Steinmetz, Hauptgeschäftsführer der IHK Mittlerer Niederrhein. „Deshalb ist es enorm wichtig, auch während der Transformation unseres Energiesystems eine sichere Versorgung zu gewährleisten.“

Die Wirtschaft sei aufgrund des sehr hohen Preisniveaus, vor allem aber aufgrund des sinkenden Vertrauens in eine dauerhaft sichere Energieversorgung äußerst beunruhigt. Mit Blick auf die Diskussion um einen Boykott von russischem Erdgas stellt die Untersuchung fest, dass viele Unternehmen, die derzeit auf Gas für Prozesswärme angewiesen sind, ihre Produktionsprozesse nicht kurzfristig umstellen können.



Passgenaue Lösungen: Versand nach Maß

Suchen Sie nicht länger nach einem kompetenten Partner für Ihren Versand von Mailings, Katalogen und Zeitschriften.

**Sie haben ihn gerade gefunden.
Rufen Sie uns an. Wir bieten mehr als Sie denken.**

Für alle, die mehr von ihrem Lettershop erwarten:

- Adressmanagement • Personalisierung • Kuvertierung
- Fulfillment • Einstecken & Folieren
- Digitaldruck • Druckvorstufe

50321 Brühl / Köln • 53343 Wachtberg / Bonn

☎ 0228/94 37 22-24

info@prima-id.de • www.prima-id.de

prima id
print and mail
intelligente dialoglösungen

Sollten sie von der Gasversorgung abgeschnitten werden, müssten sie ihre Produktion einstellen. Manche Anlagen würden dabei irreversibel geschädigt. Schon allein deshalb sollte Gas nur dann zur Stromerzeugung eingesetzt werden, wenn es aus unterschiedlichen Quellen ausreichend zur Verfügung steht.

Derweil halten die nordrhein-westfälische CDU und die Grünen an einem Ausstieg aus der Braunkohle 2030 fest. In dem Sondierungspapier, das die beiden Sieger der nordrhein-westfälischen Landtagswahl Ende Mai dieses Jahres veröffentlichten und das die Grundlage für die dann begonnenen Koalitionsgespräche bildet, heißt es:

„Wir werden Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas machen. Unser Land kann beim Schutz des Klimas zum Vorbild für andere werden. In einer modernen Wirtschaft gehören Klimaschutz, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit untrennbar zusammen.

Mit einer gezielten Innovationsoffensive werden wir die kleinen und mittelständischen Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität fördern.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat den Handlungsdruck verstärkt, noch schneller unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden, um Versorgungssicherheit und Energiepreisstabilität zu gewährleisten. Gleichzeitig halten wir am Kohleausstieg 2030 fest. Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien ist daher von überragendem öffentlichen Interesse.“

Welche konkreten Aussagen der zukünftige Koalitionsvertrag von CDU und Grünen als Grundlage eines fünfjährigen Regierungsbündnisses im Düsseldorfer Landtag dazu macht, war bei Redaktionsschluss dieser Magazinausgabe noch nicht veröffentlicht. Derweil erwägt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in Berlin, die Bereithaltung von bereits in Reserve gehaltenen Stein- und Braunkohlekraftwerken zu verlängern. Und zwar vorläufig bis zunächst Ende März

2024. RWE hat den Block A im Braunkohlekraftwerk Neurath mit einer Leistung von 300 Megawatt Ende März dieses Jahres wie im Kohlekompromiss vereinbart zwar vom Netz genommen, den Meiler aber noch nicht abgeschaltet.

Vielmehr will der Stromkonzern den Block für kurze Zeit konservieren, so dass er bei Bedarf wieder hochgefahren werden könne. Das fand das ausdrückliche Wohlwollen des grünen Bundeswirtschaftsministers.

LINKS

www.bmwk.de
www.ihk-koeln.de
www.rwe.com

*Fotos auf den Seiten 6 und 8:
 Die Bundesregierung erwägt, die Bereithaltung von bereits in Reserve gehaltenen Stein- und Braunkohlekraftwerken bis Ende März 2024 zu verlängern.*



Antrieb aus Köln:

Ford feiert 60 Jahre Motorenwerk

In sechs Jahrzehnten sind mehr als 28 Millionen Motoren in Niehl vom Montageband gelaufen, auch für andere Hersteller

Der 1. Juni 1962 war ein ganz besonderer Tag in der inzwischen 91-jährigen Unternehmensgeschichte von Ford in Köln. An diesem Tag startete die Serienproduktion im Kölner Motorenwerk. Als erster Motor lief ein 1,2 Liter V4-Motor mit 40 PS vom Montageband. Er diente als Antrieb des ebenfalls in Köln gefertigten Ford Taunus 12M. Seitdem hat das Kölner Motorenwerk mehr als 28 Millionen Motoren produziert – und zwar in sämtlichen Ausführungen: Von drei bis zwölf Zylinder, als V- und Reihenmotor, von einem bis sechs Liter Hubraum und mit einer Leistung von 40 bis 725 PS.

Eines haben alle Motoren gemeinsam, wenn sie das Kölner Motorenwerk verlassen: Sie erfüllen die hohen Qualitätsstandards von Ford und stehen deshalb für absolute Zuverlässigkeit. „Ohne das Engagement und das Miteinander der Menschen, die bei uns arbeiten und gearbeitet haben, wäre dies nicht möglich gewesen“, betont Oliver Färber, Leiter des Motorenwerks.

Um das 60-Jahre-Jubiläum zu feiern, hatte Ford alle der rund 760 Beschäftigten des Motorenwerks zu einem Festakt am 1. Juni eingeladen. Dieser begann pünktlich um 11.11 Uhr. Diese typisch „kölsche“ Uhrzeit hat auch bei den Ford-Werken Tradition. Denn um diese Uhrzeit startete 1962 das Motorenwerk mit der Produktion des 1,2 V4-Motors.

Im Rahmen des Jubiläumsfestakts wurde eine historische Ausstellung eröffnet. Auf rund 400 Quadratmeter erhielten die Beschäftigten hier einen Überblick über alle Motorentypen „Made in Cologne“ und damit Einblick in die Geschichte des Motorenwerks.

Diese Geschichte begann im September 1960 mit dem Bau der so genannten Halle W1. Bereits 13 Monate später waren die



Bauarbeiten abgeschlossen. Das Motorenwerk stand und umfasste rund 56.000 Quadratmeter.

Im Laufe der Jahrzehnte ist es gewachsen. Zunächst durch den Aufbau der Halle W2. Der Großteil dieser Halle entstand in verschiedenen Bauabschnitten in den Jahren 1967 bis 1972. Eine weitere Halle (W3) kam 1990 hinzu. Mit ihrer Fertigstellung im Jahr 1992 erstreckte sich das Motorenwerk über rund 105.000 Quadratmeter, was etwa 15 Fußballfeldern entspricht, und war damit fast doppelt so groß wie beim Produktionsstart 1962.

100.000 Motoren in den ersten fünf Monaten

Als die Kölner Motorenfertigung begonnen hatte, ging alles ziemlich schnell. Bereits fünf Monate nach Serienstart am 23. November 1962 verließ der hunderttau-

sendste Motor das Auslaufband. Den einen millionsten Motor produzierten die Kölner schon anderthalb Jahre später am 6. Juli

1964 und in diesem Tempo ging es weiter: Die 10-Millionen-Marke erreichte das Werk 1979, die 20 Millionen 1996.

Der am häufigsten in Köln produzierte Motor war ein 4-Zylinder-Reihenmotor, der sogenannte OHC. Er lief in Niehl von 1969 bis 1993 in zwei Generationen fast 6,5 Millionen Mal vom Band und war der Antrieb von wahren Kölner Klassikern wie dem Ford Taunus, Ford Capri, Ford Granada, Ford Sierra oder Ford Scorpio.

Auch die anderen Ford-Werke auf der ganzen Welt wussten die Qualität der Kölner Motoren zu schätzen. Die Motoren und Motorenbauteile aus Köln wurden in Australien, in Asien, in Afrika, in Amerika und in Europa verbaut. Selbst im Mutterland von Ford, den USA, kamen sie zum Einsatz, und zwar bei wahren Ikonen wie dem Ford Bronco und vor allem dem Ford Mustang.



Für das US-amerikanische Pony-Car schlechthin produzierten die Kölner von 1974 bis 1987 V6-Motoren mit 2,8 Liter und 90 bis 115 PS. Sie versorgten damit die zweite und dritte Generation des Ford Mustang. Von 2005 bis 2010 lief dann auch der 4,0 Liter V6 mit 210 PS für die fünfte Generation des Ford Mustang in Niehl vom Band.

Die Qualität der Motoren „Made in Cologne“ war in der Branche so anerkannt, dass auch immer wieder andere Hersteller wie Matra oder Saab ihre Antriebe von Ford in Köln produzieren ließen. Die längste und umfangreichste Kooperation ging das Kölner Motorenwerk allerdings mit dem britischen Nobelsportwagen-Hersteller Aston Martin ein.

Für die Produktion für Aston Martin, die 2004 startete, wurde ein Extra-Fertigungsbereich in der Halle W3 installiert. Hier sollten in der Folge die größten und leistungsstärksten Motoren entstehen, die jemals bei Ford in Köln gefertigt wurden.

Der erste V12 aus Köln lief 2004 vom Band, er kam auf 6,0 Liter Hubraum, 456 PS und war für den Aston Martin DB9 bestimmt. Etwas kleiner – mit ‚nur‘ 5,2 Liter Hubraum, dafür der stärkste aller Kölner Motoren, war ebenfalls ein V12 für Aston Martin. Dieser Twin Turbo, von 2016 bis 2021 in Köln gefertigt, leistet 725 PS und wurde im Aston Martin DBS verbaut.

Auch James Bonds Dienstwagen wird von Kölner Motor angetrieben

Der legendäre Dienstwagen von James Bond im Kino-Film „Spectre“ wurde von einem Kölner Motor angetrieben – der Aston Martin DB10. Insgesamt wurden zehn dieser Modelle gebaut: davon acht für den 007-Film, zwei wurden als Show-Car konserviert. 2021 stellte Ford die Produktion für Aston Martin ein und im Herbst zog der Vorserienbau der Kölner Ford-Werke in die umgebaute Halle W3.

Der vielleicht beste Otto-Motor, den Ford je entwickelte, gehört allerdings nicht zu den größten der Kölner Motoren. Im Gegenteil: mit 1,0 Litern Hubraum ist er vielmehr der kleinste je in Niehl produzierte Antrieb. Es ist der 3-Zylinder-Reihenmotor EcoBoost, der seit 2011 in Köln produziert wird.

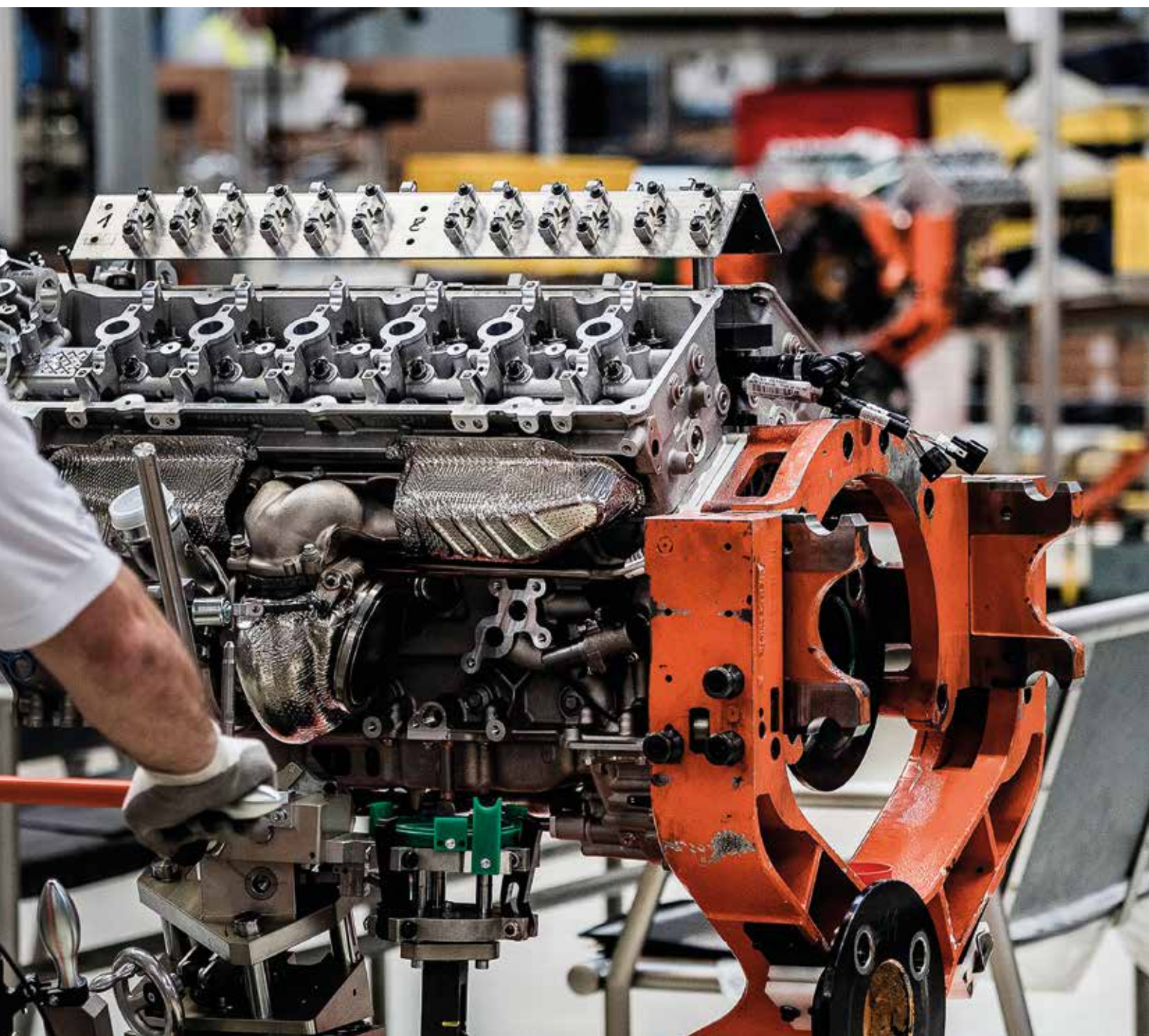
Kein Ford-Motor davor und danach hat so viele Technologie-Auszeichnungen erhalten. Allein beim international anerkanntesten Wettbewerb, dem „International Engine of the Year“, gewann Ford bis 2019 elf Preise – alle mit dem 1,0l EcoBoost.

Inzwischen läuft das Upgrade in Köln vom Band, der sogenannte Fox GDTI als Mild-Hybrid mit 125 PS und einer täglichen Produktion von derzeit 840 Einheiten. Diese verbaut Ford in den Modellen Ford Fiesta aus Köln und dem Ford Focus aus Saarlouis.



Außer den EcoBoost Benzinmotoren fertigt das Kölner Motorenwerk pro Tag noch mehr als 2.400 Motorblöcke für die EcoBlue Dieselmotoren (den sogenannten Panther-Motoren), die im Ford-Dieselmotorenwerk im britischen Dagenham endmontiert werden.

Die Produktion im Kölner Motorenwerk hat sich im Laufe der vergangenen 60 Jahre genauso verändert wie die dort hergestellten Motoren. Derzeit befindet sich das Kölner Ford-Werk insgesamt in der größten



Transformation in seiner Unternehmensgeschichte. Zwei Milliarden US-Dollar investiert Ford in den Umbau des Werks zum ersten europäischen Electrification Center von Ford. Von 2023 an wird in Köln das erste vollelektrische Volumenmodell von Ford in Europa produziert, ab 2024 folgt ein weiteres E-Modell.

Es kommt also viel Veränderung auf die Ford-Beschäftigten zu. Motorenwerkschef Oliver Färber blickt aber zuversichtlich

nach vorn und verweist ausdrücklich auf die Zukunftsperspektive seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: „Wir wollen alle Beschäftigten bei unserer Transformation mitnehmen und ihr Know-how und ihre Erfahrungen auch künftig nutzen.“

Nach dem Werksurlaub im Sommer beginnt bei den Kölner Ford-Werken eine große Schulungsoffensive mit vielfältigen Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen speziell für die Beschäftigten aus den

Produktionsbereichen. „Jeder Beschäftigte, der bereit ist, dazuzulernen und sich weiterzuentwickeln, wird die Möglichkeit haben, sich auch künftig einzubringen und das Kölner Electrification Center aktiv mitzugestalten.“

LINK
www.ford.com



NetCologne schließt weitere Lücken im Glasfasernetz

Investition von insgesamt 33 Millionen Euro – Die Domstadt baut Spitzenposition weiter aus

In Köln wird die digitale Infrastruktur mit Glasfaser weiter ausgebaut. Oberbürgermeisterin Henriette Reker, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW, Tim Brauckmüller, Geschäftsführer, atene KOM, Projektträger des Bundes, und Timo von Lepel, Geschäftsführer der NetCologne GmbH, haben gemeinsam das Breitbandprojekt „Weiße Flecken Köln“ auf den Weg gebracht.

Die Stadt investiert im Rahmen dieses Projektes gemeinsam mit dem Bund und dem Land NRW insgesamt rund 33 Millionen Euro in die zukunftssichere Glasfaseranbindung. Bisher besonders schlecht versorgte Adressen, die

sogenannten „weißen Flecken“, die auf weniger als 30 Megabit pro Sekunde zugreifen können, werden damit an das Netz der Zukunft angeschlossen. Das Projekt erstreckt sich über das gesamte Kölner Stadtgebiet mit rund 230 Kilometern Tiefbau und bringt in bisher unterversorgten Außenbezirken teilweise erstmalig Glasfaser in die Veedel.

Der Ausbau erfolgt durch die NetCologne GmbH und wird bis Ende Juni 2025 abgeschlossen sein. Durch die konsequente Nutzung von Förder-Updates im laufenden Förderverfahren können insgesamt über 17.000 Wohn- und Geschäftseinheiten mit Glasfaser versorgt werden, darunter sechs

Schulen in privater Trägerschaft und ein Krankenhaus. Damit hat sich die Anzahl der Adressen gegenüber dem ursprünglichen Förderszenario um das Vierfache erhöht.

Beim Gigabit-Ausbau setzt NetCologne zu 100 Prozent auf Glasfaser (FttH = Fibre to the Home). Die Glasfaserleitungen werden dabei nicht nur direkt bis in die einzelnen Gebäude verlegt, auch die Inhausleitungen, die oftmals noch aus Kupfer bestehen und den Datenfluss hemmen, werden durch Glasfaser ersetzt.

Dadurch kommt auch in Mehrfamilienhäusern die maximale Leistung in jeder ein-

Durch konsequente Nutzung von Förder-Updates kann NetCologne insgesamt über 17.000 Wohn- und Geschäftseinheiten mit Glasfaser versorgen, darunter sechs Schulen in privater Trägerschaft und ein Krankenhaus. © NetCologne





zelen Wohnung an. Ein weiterer Vorteil: Die Technologie ist nachhaltig, da sie auch für zukünftige Anforderungen die maximale Geschwindigkeit beim Datentransport sichert.

Die Eigentümer der Haushalte und Gewerbe, die vom geförderten Ausbau profitieren, werden individuell von der Stadt Köln und NetCologne angeschrieben und erhalten umfassende Informationen zum geplanten Ausbau. Damit die Gebäude mit Glasfaser angeschlossen werden können, müssen die Eigentümer im ersten Schritt eine Einverständniserklärung abgeben, da die Ausbauarbeiten nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch auf den Privatgrundstücken erfolgen werden.

„Unser Ziel ist: 100 Prozent Glasfaser für Köln“

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: „Ein flächendeckendes Gigabitnetz ist von zentraler Bedeutung für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Köln. Wir verfügen schon

heute über eine der besten digitalen Infrastrukturen in Deutschland. Mit dem Gigabit Masterplan wollen wir diese Position weiter ausbauen. Durch die beiden Förderverfahren der weißen und grauen Flecken und das hohe privatwirtschaftliche Engagement in Köln werden wir Hamburg als bisherige bestversorgte Stadt überholen.“

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW: „Wenn wir eines in dieser herausfordernden Pandemie-Zeit gelernt haben, dann, wie wichtig es ist, als Gesellschaft auf eine leistungsstarke digitale Infrastruktur zurückgreifen zu können. Die Stadt Köln nimmt nicht nur in NRW eine Vorreiterrolle ein und deshalb stellt das Land NRW auch Fördermittel zur Verfügung, um den Ausbau in den weniger rentablen Gebieten zu unterstützen. Darüber hinaus fördern wir Gigabit- und Mobilfunkkoordinatoren, um den Gigabitausbau in Köln in der Luft und im Boden voranzutreiben.“

Tim Brauckmüller, Geschäftsführer, atene-

KOM, Projektträger des Bundes: „Die Stadt Köln hat konsequent Förder-Updates genutzt wie kaum eine andere Stadt in Deutschland und hat das Potential von Förderprogrammen erkannt. Dadurch können viel mehr Adressen direkt mit Glasfaser ausgebaut werden. So sind Bundesförderprogramme auch in einer Millionenstadt wie Köln sinnvoll eingesetzt.“

Timo von Lepel, Geschäftsführer NetCologne: „Wir wollen unsere Heimatstadt zur Modellstadt für digitale Infrastruktur machen. NetCologne hat in Köln schon heute mit Abstand das dichteste Glasfasernetz und damit die ideale Basis für den weiteren Ausbau geschaffen. Unser Ziel ist 100 Prozent Glasfaser für Köln. Wir freuen uns sehr, dass wir nun mit Unterstützung von Stadt, Land und Bund die letzten unterversorgten Bereiche ins Gigabit-Zeitalter katalysieren.“

LINKS

www.netcologne-unternehmen.de
www.stadt-koeln.de/breitband





Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen: Städte und Kreise im IHK-Bezirk Köln am Beginn des unteren Mittelfeldes

Aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung mit Daten zu allen deutschen Städten und Landkreisen

Unter den 401 deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten lassen sich laut WSI zum Teil frappierende Einkommensunterschiede feststellen: Während das durchschnittliche verfügbare Pro-Kopf-Einkommen 2019 in der Stadt Heilbronn 42.275 Euro und im Landkreis Starnberg 38.509 Euro erreichte, war es in Gelsenkirchen mit 17.015 Euro und in Duisburg mit 17.741 Euro nicht einmal halb so hoch.

Die Städte und Kreise im Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Köln rangieren

auf Plätzen am Beginn des unteren Mittelfeldes: Am stärksten schneidet der Rheinisch-Bergische Kreis mit einem verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen von 27.254 Euro ab, gefolgt vom Oberbergischer Kreis mit 24.173 Euro, dem Rhein-Erft-Kreis mit 23.418 Euro, der Domstadt Köln mit 23.339 Euro und schließlich Leverkusen mit 22.683 Euro.

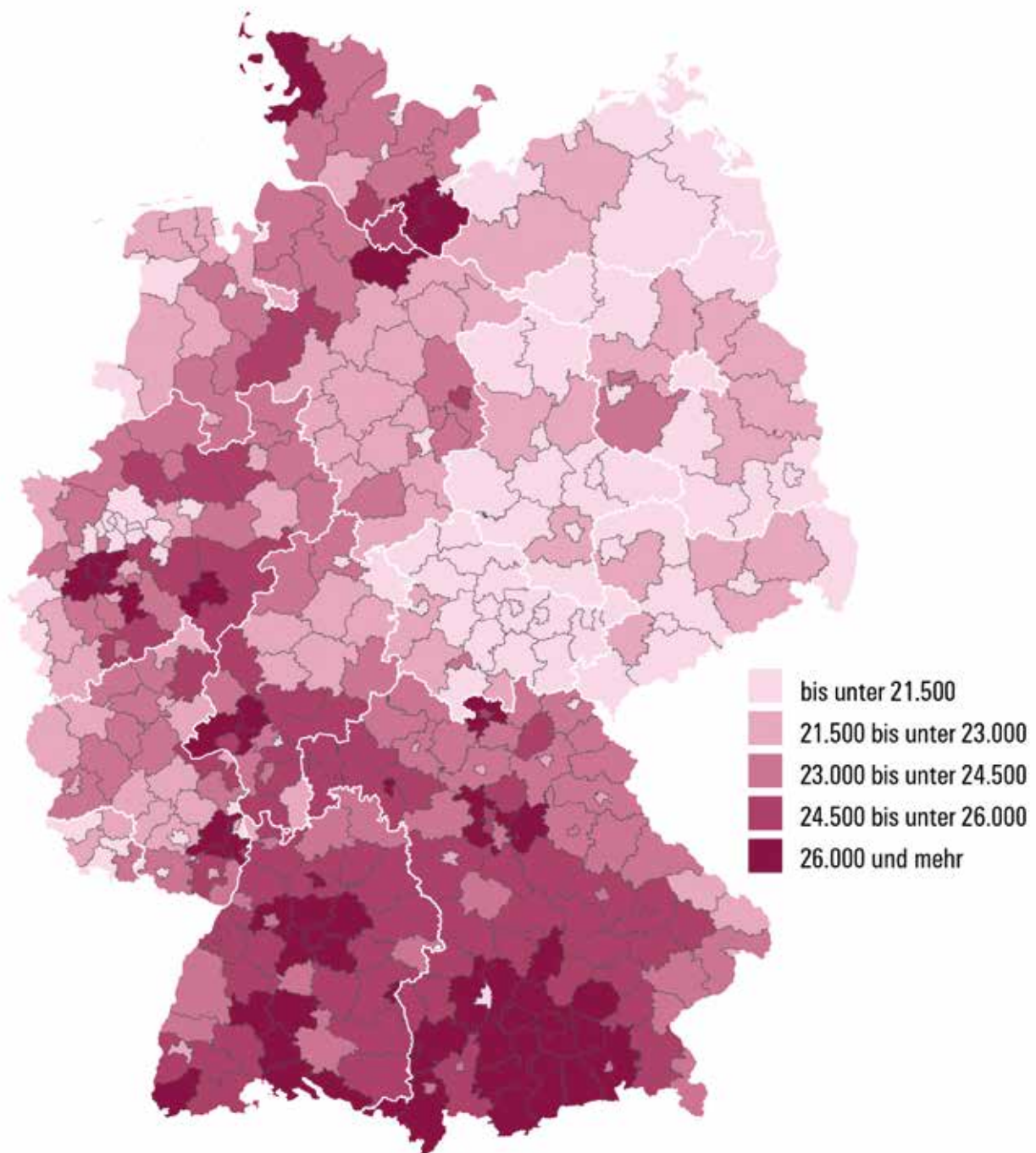
Das Einkommensgefälle von West nach Ost ist mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung nicht verschwunden. Auch das macht die WSI-Studie deutlich. So gibt

es in den neuen Ländern mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark (24.127 Euro) nur einen Kreis, in dem das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen den Durchschnitt für die Bundesrepublik insgesamt von 23.706 Euro überschreitet.

In den alten Ländern besteht zudem ein Süd-Nord-Gefälle. Im Durchschnitt liegt das Pro-Kopf-Einkommen in Bayern und Baden-Württemberg etwa 2.600 Euro höher als im übrigen Westdeutschland. Insbesondere in einigen kleineren Städten oder

Verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte, 2019

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Einwohner*in, in Euro



Quelle: VGR der Länder

Anmerkung: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept) pro Einwohner*in.

WSI

ländlichen Gebieten mit sehr hohen Einkommen wird der Durchschnitt durch eine überschaubare Zahl sehr reicher Haushalte beeinflusst.

Öffentliche Dienstleistungen und die Umverteilung durch Steuern, Sozialabgaben und Transferzahlungen leisten einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Lebensverhältnisse in Deutschland regional nicht noch deutlicher auseinandergehen. Regionale Unterschiede im Preisniveau, etwa bei Mieten, spielen ebenfalls eine Rolle, im Vergleich zu Abgaben und Transfers ist die aber meist weitaus kleiner.

Staatliche Transfers sorgen für Angleichung

In ihrer Untersuchung greifen die WSI-Experten Dr. Eric Seils und Dr. Toralf Pusch auf die aktuellsten verfügbaren Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder für 2019 und auf neu verfügbare Daten zu regionalen Preisniveaus zurück. Dadurch können sie die Einkommenssituation in ganz Deutschland auf drei wichtigen Ebenen durchleuchten: die Markteinkommen pro Kopf aus Erwerbstätigkeit oder Vermögen, die verfügbaren Einkommen pro Kopf, die sich aus den Markteinkommen nach Umverteilung ergeben, und schließlich die preisbereinigten verfügbaren Einkommen pro Kopf, die zusätzlich noch regionale Preisunterschiede berücksichtigen.

Die Analyse zeigt, dass das System staatlicher Abgaben und Transfers, zu denen etwa Kindergeld, Arbeitslosengeld oder Rentenzahlungen zählen, einen erheblichen Beitrag zur Angleichung der Einkommen in der Bundesrepublik leistet. „Geht man von den Markteinkommen aus, dann sind diese im obersten Zehntel der Kreise und Städte mit dem höchsten Durchschnitt 1,6-mal so hoch wie im Zehntel mit dem niedrigsten Durchschnitt. Bei den verfügbaren Einkommen ist es das 1,3-Fache“, so Seils.

Oder mit einem anderen statistischen Maß ausgedrückt: Schaut man auf die Markteinkommen, müssten 7,3 Prozent der gesamten Einkommen umverteilt werden, um zumindest eine Gleichverteilung unter den deutschen Kreisen zu erreichen. Nach der Umverteilung sind es noch 4,5 Prozent der

verfügbaren Einkommen in Deutschland.

Auch die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West bzw. Süd und Nord in den alten Bundesländern verringern sich spürbar. Dabei sorgt das staatliche System von Abgaben und Transfers natürlich auch innerhalb der einzelnen untersuchten Städte und Kreise für etwas geringere Einkommensunterschiede.

Dass die Unterschiede gerade auf lokaler Ebene gleichwohl groß sein können, zeigt ein Blick auf manche Einkommens-Spitzenreiter: Eine wichtige Ursache für extreme Werte – etwa in Heilbronn und im Landkreis Starnberg – sind in sehr hohen Einkommen weniger Haushalte zu suchen. „Was hier als regionale Ungleichheit erscheint, hat also in Wirklichkeit auch mit sehr hohen Einkommen einzelner Personen zu tun“, analysiert WSI-Expertin Seils.

Aus den staatlichen Abgaben werden aber natürlich nicht nur Transfers, sondern auch öffentliche Dienstleistungen finanziert. Deshalb weist die Statistik in den allermeisten Städten und Kreisen einen negativen Umverteilungs-Saldo aus.

„Die privaten Haushalte verlieren aber nichts. Sie erhalten ihre Steuern und Abgaben in Form von staatlichen Leistungen zurück“, erläutert WSI-Expertin Seils. Zu denken sei hier beispielsweise an die öffentliche Infrastruktur, Bildung, Polizei, die Bundeswehr oder soziale Sachleistungen.

Im regionalen Vergleich spielen auch Faktoren wie die jeweiligen Markteinkommen oder die Altersstruktur eine wichtige Rolle für den jeweiligen Beitrag: Mit einem Saldo von -15.314 Euro pro Kopf liefert die bayerische Landeshauptstadt München einen besonders großen Beitrag zur Umverteilung. Ähnlich fällt die Bilanz im Hochtaunuskreis (-14.338 Euro) und im Landkreis Starnberg (-14.274 Euro) aus.

Positive Werte weisen vor allem Kreise mit niedrigen Markteinkommen und einem hohen Anteil alter Menschen auf. Den höchsten jährlichen Überschuss aus der regionalen Umverteilung verbuchte der Landkreis Mansfeld-Südharz mit 1.715 Euro pro Kopf. Es folgen die Stadt Görlitz mit 1.596 Euro

und das Altenburger Land mit 1.295 Euro.

Kaufkraftbereinigte Einkommen in neuen Ländern etwas höher

Regional unterschiedlich hohe Preisniveaus tragen der Studie zufolge ebenfalls zu einer gewissen Angleichung der Einkommen bei. Regionen mit hohem Einkommen haben tendenziell auch höhere Mieten und sonstige Preise. „Die Leute haben dann zwar mehr Geld im Portemonnaie, können sich aber nicht in gleichem Maße mehr leisten“, erklärt WSI-Wissenschaftler Pusch. So fallen die kaufkraftbereinigten Einkommen in den neuen Ländern generell etwas höher aus als die nominalen Pro-Kopf-Beträge erwarten lassen würden. Es verbleibt aber ein realer Einkommensunterschied von zwölf Prozent. Der nivellierende Effekt unterschiedlicher Preisniveaus sei allgemein weitaus geringer als jener der Umverteilung.

Auch nach der Preisbereinigung bleiben so die Stadt Heilbronn und die Landkreise Starnberg und Miesbach die Regionen mit den höchsten preisbereinigten Einkommen. Gelsenkirchen und Duisburg sind weiterhin am äußersten unteren Rand der Verteilung zu finden. Halle an der Saale profitiert hingegen von den etwas niedrigeren Preisen im Osten und kann sich geringfügig vom unteren Ende abheben.

„Vor allem die staatliche Umverteilung korrigiert die Verteilung der realen verfügbaren Einkommen zwischen den Regionen in beachtlichem Umfang“, resümiert Seils. Insbesondere in der personellen Einkommensverteilung verbleibe aber eine beträchtliche Ungleichheit, die sich auch in den hohen durchschnittlich verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen insbesondere bei den regionalen Spitzenwerten zeigt.

LINKS

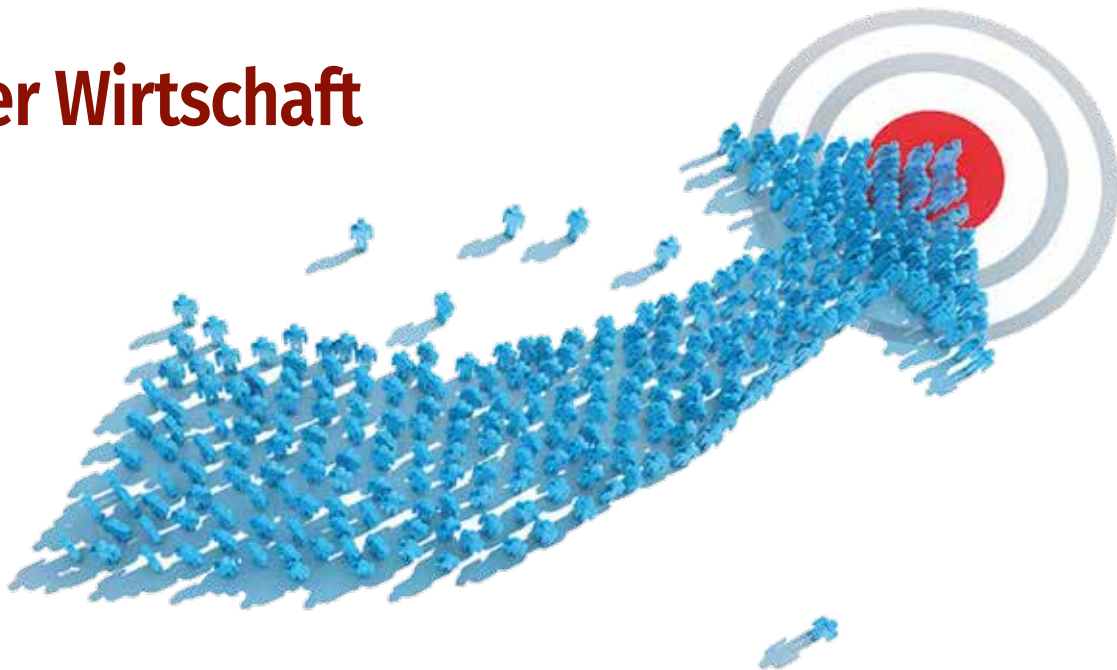
www.boeckler.de
www.wsi.de



Zielgruppengenaue Werbung

in der

Kölner Wirtschaft



1

Ohne Streuverluste an mittelständische Unternehmen

2

Aufmerksamkeitsstark mit redaktionell aufgemachten Advertorials

3

Plakativ mit klassischer Anzeigenwerbung

IVR Industrie Verlag und Agentur
Rhein-Erft Eckl GmbH
Karlstraße 69 - 50181 Bedburg

Ihr Ansprechpartner:
Peter Siebert
Telefon: 0173/3488234
E-Mail: p.siebert@ivr-verlag.de

**Lassen
Sie sich
unverbindlich
beraten**

HGK-Gruppe entwickelt integriertes Industrie- und Logistik-Areal

Stadtstrategie 2030+ als Orientierungspunkt – Die 17 Hektar große Fläche im Kölner Norden soll ab 2035 klimaneutral betrieben werden

Urbane Produktion, integrierte Logistikdienstleistungen, Forschung und Entwicklung – im Kölner Norden treibt die Häfen und Güterverkehr Köln AG ihre Planungen für ein hoch modernes kombiniertes Industrie- und Logistik-Areal voran. Dafür wurde ein Masterplan entwickelt, der das Thema Nachhaltigkeit sowie die Ziele der Kölner Stadtstrategie 2030+ in den Mittelpunkt stellt.

Im November 2020 hatte die HGK AG von der Stadt Köln eine 17 Hektar große Fläche in unmittelbarer Nachbarschaft des eigenen Terminals für den kombinierten Verkehr (KV-Terminal Nord) gekauft. Mit der Vergabe an die HGK setzte sich der Rat der Stadt Köln dafür ein, dass auf einer der letzten für industrielle Ansiedlungen ausgewiesenen Flächen nicht nur Umschlag, sondern auch Wertschöpfung und Arbeitsplätze entstehen. Mit Blick auf diese Zielsetzung hat die HGK einen Masterplan erarbeitet, der auch auf angrenzende, unbebaute Flächen erweitert werden könnte.

„Wir wollen auf dem Areal ein optimales Zusammenspiel von urbaner Produktion und Logistik ermöglichen. Digitale Instrumente, zukunftsweisende Mobilität und ein modernes Arbeitsumfeld spielen dabei eine herausragende Rolle. Dazu orientieren wir uns eng an den Leitthemen der Stadtstrategie 2030+“, erläutert Uwe Wedig, Vorsitzender des Vorstandes der HGK AG.

„Ausgehend von der unmittelbaren Anbindung an das KV-Terminal können wir dank unserer Logistik-Kompetenz eine optimale Verzahnung von Produktion und spezifischen Dienstleistungen garantieren. In diesem Quartier sollen aber auch Teil-

flächen für Forschung und Entwicklung, Labore und Start-ups angeboten werden, um eine möglichst hohe und nachhaltige Arbeitsplatzqualität zu schaffen“, gibt Uwe Wedig erste Einblicke in die Ansatzpunkte des Masterplans.

Nachhaltigkeit durch Vernetzung und hohe ökologische Standards

Zentrales Bindeglied der Entwicklung ist laut HGK die ökologische Nachhaltigkeit: Durch den Einsatz dezentraler, regenerati-

So könnte die zukünftige Bebauung des Geländes in unmittelbarer Nähe zum Bahn-Terminal Köln Nord für den kombinierten Verkehr aussehen. - Grafik: Dr. Schönheit + Partner



ver Energiequellen in Kombination mit Vorgaben für eine energieeffiziente Bauweise sollen von Beginn an die Grundlagen für einen klimaneutralen Betrieb des Areals bis 2035 geschaffen werden.

Dazu gehört auch eine optimale Ressourcen- und Flächennutzung, etwa durch gemeinsam nutzbare Infrastrukturen und Serviceleistungen. Denkbar seien auch Kooperationen mit weiteren städtischen Gesellschaften.

Unterstützung leistet das renommierte Kölner Ingenieurbüro Dr. Schönheit + Partner. Das international tätige Planungs- und Beratungsunternehmen sei spezialisiert auf die Entwicklung von Masterplänen und besonders effizienten und nachhaltigen Prozessen und Gebäuden für Produktion und Logistik. Aktuell arbeitet die HGK in-

tensiv an der Konkretisierung des Vorhabens mit dem Ziel, eine Projektgesellschaft zu gründen, die bis zum Ende des Jahres mit der Vermarktung des Geländes beginnen soll.

Mit 54,5 Prozent hält die Stadtwerke Köln GmbH die Mehrheit der Anteile an der Häfen und Güterverkehr Köln AG. Als Holdinggesellschaft wiederum sind die Stadtwerke zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Köln. Zudem ist die Stadt Köln mit 39,2 Prozent direkt an der HGK beteiligt.

6,3 Prozent befinden sich im Besitz des Rhein-Erft-Kreises. Dieser brachte als Minderheitspartner bei der Gründung der HGK 1992 Anlagen und Beteiligungen ein. Der Logistikkonzern erwirtschaftete 2020 einen Umsatz von 71,2 Millionen Euro und fuhr ein Ergebnis von 10,3 Millionen Euro ein.

Die HGK ist heute eine europaweit tätige Gruppe für integrierte Transport- und Logistikdienstleistungen. Gegliedert in die fünf Geschäftsbereiche Logistics & Intermodal, Shipping, Rail Operations, Infrastructure & Maintenance und Real Estate betreibt die HGK-Gruppe über ihre Tochter- und Beteiligungsunternehmen unter anderem den größten Binnenhafen-Verbund Deutschlands, eine der größten privaten Güterverkehrsbahnen, spezialisierte Logistikbetriebe und Terminals sowie ein eigenes Schienennetz und Werkstattbetriebe für den Güterbahnverkehr. Die HGK Shipping GmbH ist das größte Binnenschiffahrts-Unternehmen in Europa.

LINK

www.hgk.de





Erfahren Sie mehr auf der
ACHEMA, 22.08. - 26.08.2022,
Halle 9.1 Stand D26

NACHHALTIG MEHR ZUKUNFT.

Nachhaltigkeit ist eine der großen Herausforderungen aller produzierenden Unternehmen, der sich auch die chemische Industrie schon jetzt stellen muss. Als zuverlässiger und verantwortungsvoller Partner bieten wir Ihnen unsere volle Unterstützung sowie das beste Umfeld für mehr Nachhaltigkeit in der chemischen Produktion. Wir liefern konkrete Lösungen, die die Effizienz und Verfügbarkeit Ihrer Anlagen verbessern, Energie und Ressourcen einsparen und zu mehr Prozess- und Rechtssicherheit führen. Damit Sie auch in Zukunft erfolgreich sein können. **Always at your site.**

www.yncoris.com

YNCORIS
Industrial Services